

■ Der DGB-Bundesvorstand hat am 04.09.2012 eine Stellungnahme zu den aktuellen Tendenzen in der »Ökonomischen Bildung« und Berufsvorbereitung verabschiedet. Wir bringen hier Auszüge. Das ganze Papier ist auf unserer Homepage und unter <http://schule.dgb.de> nachzulesen.

Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt vorbereiten

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften wollen, dass Schülerinnen

Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?

DGB-Positionspapier

und Schüler bestmöglich auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Sie sollen ihren beruflichen und privaten Lebensweg aktiv und eigenverantwortlich gestalten können. Dazu gehört auch, dass sie schon vor der Berufswahl wissen, welche unterschiedlichen Interessen es in der Wirtschaft gibt. In einer Welt, die zunehmend in allen Lebensbereichen von Vermarktlichung und Konkurrenz geprägt ist und in der gesellschaftliche Problemlagen als individuelle Defizite und Defekte erscheinen, müssen junge Menschen auch die Gelegenheit haben, kooperative Umgangsformen zu lernen, gemeinsame Interessen zu erkennen, zu vertreten und solidarisches Handeln einzuüben. Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers und deren Mitsprachemöglichkeiten zu kennen, ist dabei um so wichtiger, da die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler später diese Rolle im Arbeitsleben einnehmen wird. Bereits vor dem Eintritt ins Arbeitsleben sollten sie erfahren haben, dass Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen die Interessen der Beschäftigten in der Wirtschaft vertreten und dass es wichtig ist, sich allein und in der Gemeinschaft für seine Interessen

einzusetzen. Diese Lerninhalte müssen in den Lehrplänen und Schulbüchern für die allgemeinbildenden Schulen kontinuierlich über alle Klassenstufen hinweg festgeschrieben sein. Die von Seiten der Wirtschaft vorgeschlagenen Bildungsstandards für ein Fach Wirtschaft widersprechen diesem ganzheitlichen Bildungsansatz. Das Gründen eines Unternehmens, die Geldanlage oder die Gestaltung einer privaten Finanz- und Altersversorgung sind zwar wichtige Themen. Die Bildungsstandards greifen aber insgesamt zu kurz, sie sind fachlich und politisch einseitig und können nicht beanspruchen, jungen Menschen die für ihr zukünftiges Leben in der Wirtschafts- und Arbeitswelt notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Da sie einseitig nur die »ökonomische« Denkweise vermitteln, verhindern sie, dass die Lernenden die Ökonomisierung von Gesellschaft und Politik reflektieren und beurteilen und eigene Vorstellungen von einer humanen Wirtschaft entwickeln.

Sozioökonomische Bildung statt eindimensionaler Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Statt eines eindimensional strukturierten auf Betriebs- und Volkswirtschaftslehre reduzierten Fachs »Wirtschaft« ist eine sozioökonomische Bildung in der Schule wichtig, die auf Selbsterkenntnis, kritisch reflektiertem Handeln und sozialer wie auch ökologischer Verantwortung basiert. Dies ist in schon bestehenden Fächern wie Politik, Arbeitslehre, Geschichte oder in entsprechenden Kombinationsfächern verortet, muss aber weiter verbessert werden. Sozioökonomische Bildung verzahnt die Inhalte der verschiedenen Fächer und behandelt ökonomische Fragestellungen in unterschiedlichen Zusammenhängen, Einflüssen und Bezugsdisziplinen. Auch vor dem Hintergrund bereits voller Stundentafeln und der großen Stofffülle ist es nicht zweckdienlich, neue Einzelfächer zu konstruieren. Die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler sind heute schon immens. Wer ein zusätzliches Unterrichtsfach Wirtschaft fordert, muss sagen, auf

Kosten welcher Fächer oder welcher anderen Inhalte die zusätzlichen Unterrichtsstunden gehen sollen. Neben der Lobbyarbeit für ein Fach Wirtschaft und entsprechende Bildungsstandards versucht die Privatwirtschaft Unterrichtsinhalte über Lehrmaterialien zu beeinflussen. Vom Bankenverband bis zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Arbeitgebernahe Institutionen und Organisationen überfluten die Schulen mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien – häufig unterstützt von staatlichen Stellen, Universitätsinstituten oder wirtschaftsnahen Stiftungen und Medienverlagen. Ihr Ziel ist es, das eigene Wirtschaftsverständnis in den Schulen zu verankern. ...

Keine einseitige Meinungsbeeinflussung in der Schule

Flankiert durch regelmäßige Auftragsstudien, die erschreckende Wissenslücken junger Menschen in Wirtschafts- und Finanzfragen belegen sollen, macht es die chronische Unterfinanzierung des staatlichen Schulwesens den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden leicht, Abnehmer für ihre Materialien im Schulbereich zu finden: ihre Unterstützung wird von den Schulen nicht selten dankbar aufgenommen – gerade wenn Fachlehrer/innen fehlen. Damit erhalten Wirtschaftsverbände und Unternehmen einen direkten Zugang zu Schülerinnen und Schülern und können deren Verständnis von Wirtschaft und Arbeitswelt ganz in ihrem Sinne prägen. Diese immer vielfältigeren Versuche, den Bildungsauftrag von Schule und die Vorstellungen junger Menschen von der Wirtschaftswelt interesseliegt in eine Richtung zu lenken, sind nicht akzeptabel. Wir vertrauen zwar der Urteilsfähigkeit von Lehrer/innen und Schüler/innen gegenüber derlei Manipulationsversuchen: Einseitige Einflussnahmen allerdings sind grundsätzlich abzulehnen und auch manipulative Materialien haben an Schulen nichts verloren. ...